

seien die Patienten. Für die Zahnärzte heiße die einzige logische Konsequenz aus diesem Gesetz nämlich: Mehr GOZ, weniger Bema. Kober verwies auch darauf, dass der KCH-Punktwert seit Amtsantritt dieses Vorstands im Jahr 2023 um rund 16 Prozent gestiegen sei. Jeder Vertragszahnarzt müsse für seine Leistungen die Preise aufrufen, die er für die wirtschaftliche Praxisführung brauche.

In der anschließenden Diskussion brachten die rund 130 Teilnehmer ihren Frust

und ihre Enttäuschung über die Politik der schwarz-roten Koalition deutlich zum Ausdruck. Sie waren aber auch froh darüber, dass ihnen die KZVB-Führung im wahrsten Sinn des Wortes reinen Wein einschenkte. Denn ein Silvaner Keuper und ein Riesling Muschelkalk aus dem Würzburger Julius-Spital machten Warkens Spargesetz zumindest etwas erträglicher.

Leo Hofmeier

WEITERE INFOVERANSTALTUNGEN

Die KZVB informiert bayernweit über die Auswirkungen des BStabG. Folgende Termine stehen bereits fest:

24. Juni in München, 18.00 Uhr

22. Juli in Nürnberg, 18.30 Uhr

Weitere Informationen finden Sie auf kzvb.de.

„Wir wollen die Versorgung nicht kaputt machen“

Tino Sorge signalisiert beim Frühjahrsfest Kompromissbereitschaft

Das Beitragssatzstabilisierungsgesetz war erwartungsgemäß das dominierende Thema beim diesjährigen Frühjahrsfest der KZVB Anfang Mai in Berlin. Die Interessen der bayerischen Zahnärzte vertraten dort Dr. Jürgen Welsch, Vorsitzender der KZVB-Vertreterversammlung, Dr. Dr. Frank Wohl, Präsident der BLZK und VV-Mitglied Dr. Axel Wiedenmann (Nürnberg).

Der Unmut über die Rasenmäher-Methode bei den Kürzungen und weitere Zumutungen für die Zahnärzte scheint beim parlamentarischen Staatssekretär im BMG, Tino Sorge (CDU), angekommen zu sein. Er würdigte in seinem Grußwort die bisher erbrachten Einsparbeiträge der Zahnärzteschaft. Es gebe aber keine Alternative zu weiteren Einsparungen in allen Leistungsbereichen. Im weiteren Verfahren werde man sich genau anschauen, welche Auswirkungen das Gesetz habe und wo man nachjustieren könne.

Mit Blick auf den Fachzahnarztvorbehalt in der Kieferorthopädie betonte der Magdeburger Christdemokrat, „dass wir im parlamentarischen Verfahren an vielen Stellen schauen müssen, wo man gegebenenfalls nachjustiert oder das Gesetz



Dr. Jürgen Welsch (2.v.r.) war einer der bayerischen Vertreter beim Frühjahrsfest der KZVB in Berlin. Nicht auf dem Bild: Dr. Dr. Frank Wohl und Dr. Axel Wiedenmann.

dann noch entsprechend verbessert, weil wir natürlich nicht die Intention haben, im Rahmen von Strukturreformen zum Schluss die Versorgung, gerade im ländlichen Raum, kaputt zu machen.“

Zu den sogenannten versicherungsfremden Leistungen, Stichwort Subventionierung der Leistungen für Bürgergeldempfänger durch die Solidargemeinschaft, stellte er klar: „Ich halte das für ordnungs-

politisch in der Sache nicht zielführend, dass eine bestimmte Gruppe, in dem Fall die Beitragszahler, gesamtgesellschaftliche Leistungen schultern.“

Sorge kündigte an, den Dialog mit der Zahnärzteschaft zum Gesetzentwurf weiterzuführen. Dabei warb er auch für eine harte und sachliche Diskussion.

Redaktion KZVB